



Pressemitteilung

Weltbevölkerungsbericht 2024

Der lange Weg zur körperlichen Selbstbestimmung

Auch 30 Jahre nach ihrer internationalen Festschreibung noch längst kein Recht für alle

Berlin, 17. April 2024 – Auch 2024 ist immer noch jede zweite Schwangerschaft unbeabsichtigt, jede vierte Frau kann nicht Nein zu Sex mit ihrem Mann oder Partner sagen und jede zehnte hat keine Wahl, ob sie verhüten möchte oder nicht – 30 Jahre nachdem das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von 179 Staaten im Aktionsprogramm von Kairo festgeschrieben wurde. An diese historische UN-Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung erinnert der neue UNFPA-Weltbevölkerungsbericht, dessen deutsche Fassung die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) heute unter dem Titel „Verwobene Leben, Fäden der Hoffnung. Ungleichheiten in der körperlichen Selbstbestimmung überwinden“ vorstellte. Seit 1994 sind bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen, so ist beispielsweise die Müttersterblichkeit um 34 Prozent zurückgegangen und hat sich die Zahl der Frauen, die verhüten, verdoppelt. Doch zeigt der Bericht deutlich, dass dieser Fortschritt noch längst nicht alle Menschen erreicht hat.

Die Herkunft entscheidet

Eine afrikanische Frau trägt immer noch ein 130 Mal höheres Risiko, an den Komplikationen einer Schwangerschaft oder Geburt zu sterben, als eine Frau in Europa oder Nordamerika. Herkunft, Hautfarbe und die sozioökonomischen Rahmenbedingungen spielen eine entscheidende Rolle beim Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung und zu Verhütungsmöglichkeiten, aber auch ganz generell bei der Wahrnehmung der sexuellen und reproduktiven Rechte. Dafür seien Sexualaufklärung und Bildung eine Grundvoraussetzung, an der es oft fehle, betont Feyera Abdissa, Leiter des DSW-Länderbüros Äthiopien. In Afrika lebt die größte Jugendgeneration aller Zeiten. Über 40 Prozent der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt. „Unsere Aufgabe ist es, diese jungen Menschen in die Lage zu versetzen, selbst zu bestimmen, ob, wann und wie viele Kinder sie bekommen möchten. Die körperliche Selbstbestimmung ist die Voraussetzung für ein eigenständiges Leben, aber auch für eine zukunftsfähige Gesellschaft.“

Ein Paradigmenwechsel in der Bevölkerungspolitik

Diese Erkenntnis sei der grundlegende Paradigmenwechsel gewesen, der mit dem Kairoer Aktionsprogramm eingeleitet wurde, erklärte Catherina Hinz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. „Er führte die Politik weg von den Zielvorgaben der Geburtenkontrolle, hin zu einer menschenrechtsorientierten Familienplanung. Damit wurde der Grundstein für das Konzept der



sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte gelegt.“ Dazu gehören Sexualaufklärung für Jugendliche genauso wie Schwangerschaftsvorsorge, Geburtshilfe, die Betreuung von Neugeborenen sowie die Behandlung von Geschlechtskrankheiten, HIV und Aids-Prävention und – wo es die Gesetzeslage erlaubt – sichere Schwangerschaftsabbrüche.

Das Erbe der Diskriminierung

Doch zeige der Weltbevölkerungsbericht 2024, „dass die Gesundheitssysteme bis heute von einem tiefen Erbe der Geschlechterungleichheit, Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe und ethnischer Zugehörigkeit sowie Fehlinformationen geprägt sind“, sagte Florence Bauer, UNFPA-Regionaldirektorin für Osteuropa und Zentralasien. Selbst wissenschaftliche Forschungsergebnisse und digitale Datenerhebungen würden durch die Vernachlässigung bestimmter Bevölkerungsgruppen – nicht zuletzt der Frauen – verfälscht. „Um diese Lücken zu schließen sind wir auf die fortgesetzte politische und finanzielle Unterstützung unserer Partner angewiesen, darunter auch Deutschland, dessen Fürsprache entscheidend dazu beigetragen hat, die Agenda von Kairo voranzubringen.“ In Zeiten, da Regierungen wieder zunehmend Schwangerschaftsabbrüche kriminalisieren, weibliche Genitalverstümmelung legalisieren und die sexuelle Selbstbestimmung in Frage stellen, erscheint diese aktueller und drängender denn je.

Weitere Informationen

Über die DSW

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation, mit dem Ziel, das Potenzial der größten Jugendgeneration aller Zeiten zu fördern, um damit zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Sie ermöglicht jungen Menschen in Ostafrika den Zugang zu jugendgerechten Gesundheitsinformationen und modernen Verhütungsmitteln, und setzt sich auch auf politischer Ebene für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ein, insbesondere für junge Frauen und Mädchen. Darüber hinaus arbeiten die Büros in Europa und Ostafrika für die gendergerechte Förderung von Forschung und Innovation zur Bekämpfung armutsassoziierten Krankheiten.

UNFPA, der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

UNFPA fördert eine Welt, in der jede Schwangerschaft gewollt, jede Geburt sicher und das Potenzial jedes jungen Menschen verwirklicht wird.

Pressekontakte

DSW: Nicole Langenbach · presse@dsw.org · Tel.: +49 511 94373-20

UNFPA: Eddie Wright · ewright@unfpa.org · Tel.: +1 212 297 2717

1. Die Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo verabschiedete ein historisches Aktionsprogramm, das die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die Rechte des Individuums in den Mittelpunkt stellte. Seitdem

- ist die Müttersterblichkeit weltweit um 34 % zurückgegangen
- hat sich die Zahl der Frauen, die verhüten, verdoppelt
- haben 162 Länder Gesetze gegen häusliche Gewalt verabschiedet

2. Trotz dieser Erfolge hat sich das Tempo der Fortschritte in den letzten Jahren verlangsamt oder ist sogar zum Stillstand gekommen.

- Ein Viertel der Frauen kann nicht nein zum Sex mit ihrem Mann oder Partner sagen.
- Fast jede zehnte Frau hat keine Wahl darüber, ob sie verhütet oder nicht.
- Zwischen 2016 und 2020 konnte die Müttersterblichkeit weltweit nicht weiter reduziert werden.

3. In den letzten 30 Jahren wurden Fortschritte besonders dadurch erzielt, dass man sich an die Menschen wandte, die am einfachsten zu erreichen waren zu erreichen sind.

- In allen Ländern gibt es Ungleichheiten beim Zugang zu Gesundheitsversorgung.
- Wohlstand, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht und andere Merkmale bestimmen die Wahlfreiheit der Menschen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung.
- Die Ungleichheiten sind oft innerhalb eines Landes größer als zwischen den Ländern.

4. Die am stärksten Ausgegrenzten werden nicht erreicht, weil

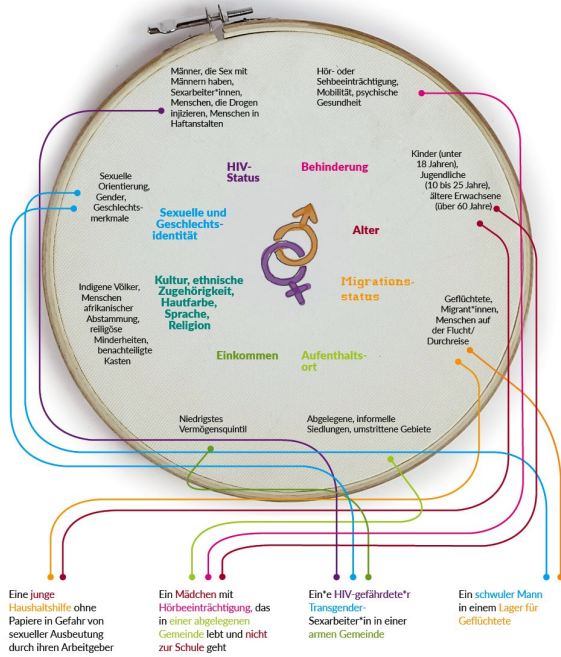
- Unsere Gesundheitssysteme sind von einem tiefen Erbe der Geschlechterungleichheit, Rassendiskriminierung und Fehlinformationen geprägt.
- In den letzten 30 Jahren lag der Schwerpunkt auf groß angelegten Programmen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Programme, die die "Massen" erreichen sollen. In ihrem Schatten stehen diejenigen, die zurückgelassen wurden.

5. Wir müssen mit der Regierung und Verantwortlichen auf Lokalebene zusammenarbeiten, um die Strukturen und Systeme zu überarbeiten, die Millionen von Menschen zurückhalten. Nur so erreichen wir eine gerechtere, ausgewogenere und wohlhabendere Zukunft.

1. Wir müssen Vorurteile in den Gesundheitssystemen beseitigen und eine gerechte Versorgung für alle sicherstellen.
2. Wir brauchen Daten, die die Erfahrungen von Randgruppen erfassen.
3. Wir brauchen Investitionen, um die Ungleichheiten zu beseitigen, die die Gesellschaften immer noch spalten.
4. Wir müssen Ungleichheiten angehen, die durch Klimawandel, Konflikte und den demografischen Wandel hervorgerufen werden.

Faktoren, die Menschen zusätzlich zum Geschlecht abdrängen

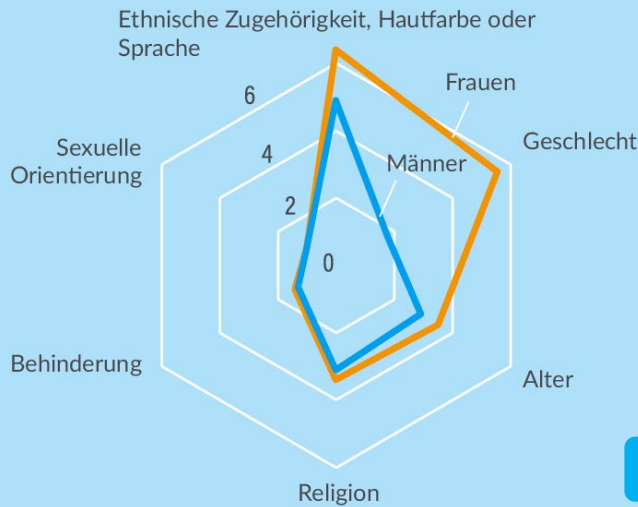
Viele Faktoren wirken bei der Marginalisierung von Menschen und Gemeinschaften mit dem Geschlecht zusammen. Dazu gehören unter anderem ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Kaste, Sprache, Religion, Behindertenstatus, HIV- und Aids-Status, Migrationsstatus, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität. Das Geschlecht (in der Mitte der Abbildung) und diese marginalisierenden Faktoren (der mittlere Ring) können viele verschiedene Ausdrucksformen finden (Beispiele im äußeren Ring). Personen können viele sich überschneidende Identitäten und Umstände erleben (unten in der Abbildung), die sich negativ auf ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte auswirken.



[Grafik hier herunterladen](#)

Quelle: UNFPA, 2024

Anteil der Menschen, die Diskriminierung erfahren, nach ausgewählten Gründen, 2015–2023 (in Prozent)



[Grafik hier herunterladen](#)

Quelle: UN Human Rights, 2024